

Es ist dankenswert, daß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihren Berichten vom 17. und 19. April 2014 wieder einmal der Problematik der Enteignungen in den neuen Bundesländern nachgeht. Denn der Fluch der bösen Tat – nach dem verlorenen Krieg mit krimineller Energie vollzogene Enteignungen und deren Hinnahme und zum Teil auch explizite Bestätigung durch opportunistische Politik und Justiz nach der Wiedervereinigung – liegt wie ein Alp über den neuen Ländern. Diese Erkenntnis wollen alle beteiligten Regierungen mit Macht unterdrücken, allerdings können sie nicht verhindern, daß die Menschen inzwischen merken, daß der Aufbau Ost seit 1998 auf der Stelle tritt und das relative Wirtschaftsniveau der neuen Länder bei ungefähr 70% der alten Ländern stagniert.

Die Gesamtnachfrage in den neuen Ländern übersteigt die eigene Produktion um rund 10%. Dieses Leistungsbilanzdefizit ist nämlich das Spiegelbild einer Wirtschaftsleistung von etwa 70% des Westens, aber Haushaltseinkommen von rund 85% und einer staatlichen Nachfrage, die teilweise über 100% des Westwertes liegt. Auf Dauer kann dies nicht gutgehen. Zwar würden rund 30 Mrd. Euro reichen, um dieses auszugleichen, entweder durch Transfers, besser durch Kapitalimporte für Investitionen. Tatsächlich aber liegen diese Übertragungen mehr als zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit bei mehr als 50 Mrd. Euro pro Jahr. Denn Kapital fließt aus den neuen Ländern massiv ab, weil inzwischen im Osten entstandene Gewinne in den Westen verlagert werden.

Die einzelwirtschaftliche Betrachtung bestätigt dies: Derzeit werden in den neuen Ländern nur 70-80% der Abschreibungsgegenwerte reinvestiert. Tatsächlich sparen die Deutschen im Ausland, statt im eigenen Land zu investieren. Allerdings zerstört die Wirtschaftskrise die Werthaltigkeit vieler Anlagen im Ausland. Die Hoffnung, diese Mittel eines Tages aus dem Ausland nach Deutschland zurückzuholen, wird in hohem Maße enttäuscht werden. Für Ostdeutschland ist diese Entwicklung verheerend, weil heute schon abzusehen ist, daß ganze Industriebereiche zu Auslaufmodellen werden. Wenn Belegschaften jedes Jahr im Durchschnitt um ein Jahr älter werden, weil Neuzugänge nicht vorgesehen sind, dann sollten die wirtschaftspolitischen Alarmglocken schrillen.

Es wird immer deutlicher, daß eine Wirtschaft ohne Eigentümer keine Blüte erleben wird und dann die Begabtesten in andere Regionen abwandern, um dort ihr Glück zu versuchen. Die Wirtschaftsleistung des Westens wäre heute nicht so hoch, würde sie nicht beträchtlich von begabten Ostdeutschen profitieren. Das ist für Bayern und Baden-Württemberg ein Segen, für die neuen Bundesländer ein Desaster.

Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Blum, Halle